

## Bericht aus dem Kantonsrat

Doppelsitzung vom Montag, 29. Februar 2016

Verfasser: Jörg Mäder

### Kulturlandinitiative

Die Volksinitiative zum Schutz des Kulturlandes hat eine bewegte und komplizierte Geschichte. Nach der Annahme der Volksinitiative an der Urne hätte der Kantonsrat die als Anregung formulierte Initiative mit einem Gesetz umsetzen sollen. Da aber die Ratsmehrheit gegen die Volksinitiative war, behaupteten sie, die Änderungen im Richtplan genügen und haben die Vorlage des Regierungsrates versenkt. Das wurde aber vom Bundesgericht als ungenügend taxiert. Als Folge wurde das Gesetz nochmals behandelt. Die Ratsmehrheit ist immer noch dagegen und hat heute entsprechend abgestimmt, sieht das Gesetz aber als bewilligt an, da es ja ein Volksmehr dazu gibt. Das Referendum gegen das Gesetz ist absehbar, womit die Bevölkerung das letzte Wort hat.

Wir Grünliberalen waren gegen die ursprüngliche Volksinitiative, da wir Probleme in Umsetzung und Wirkung sahen. Bei der Beratung der Vorlage der Regierung haben wir aber konstruktiv mitgearbeitet und schlussendlich auch zugestimmt, denn der Auftrag des Volkes war klar: Es will den Schutz des Kulturlandes gesetzlich stärken.

### Gentechnik

Für uns ist eine gentechfreie Landwirtschaft eine Chance. Auch in der Bevölkerung sind diese Produkte unbeliebt, was sich im Kaufverhalten zeigt. Als Konsequenz verzichten die meisten Detailhändler auf diese. Ein Ja zu einer gentechnischen Landwirtschaft wäre ein unumkehrbarer Entscheid. Einmal ausgesetzt, werden sich deren Genmaterial eher früher als später auch in den natürlichen Pflanzen ausbreiten. Die angebliche Koexistenz ist ein Trugbild und die langfristigen Auswirkungen noch unklar. Aus diesen Gründen haben wir einen Vorstoss, der einen gentechfreien Kanton Zürich fordert, unterstützt. Die Ratsmehrheit (85:79) sprach sich aber dagegen aus.

### Finanzrisiko AXPO

Der Energiekonzern AXPO steht finanziell schlecht da. Nicht zuletzt, da sein Geschäftskonzept auf veralteten Annahmen beruht. Mehrere Kantonsräte sorgen sich um die AXPO und befürchten finanzielle Risiken für den Kanton. Insbesondere sein Engagement im amerikanischen Finanz- und Energiemarkt ist sehr risikoreich und nicht Kernaufgabe eines staatlichen Energiebetriebs. Leider bleibt die Regierung weiterhin eher gutgläubig als kritisch. Das Thema wird uns aber noch länger beschäftigen.

### Planung- und Baugesetz

Ein Vorstoss unseres Kantonsrates Thomas Wirth forderte mehr Freiheiten und weniger Regelungen im Planungs- und Baugesetz. Er fand leider keine Mehrheit. Spannend war, dass die einen als Folge einer Entschlackung der Vorgaben einen Einheitsbrei an Häusern fürchteten, die anderen einen Wildwuchs. Und die, die stets gegen zu viele Regelungen reden, fürchten dass die Gemeinden künftig auf eigene Regelungen verzichten müssen. Was für eine verkehrte Welt...